

Die Anfrage des Einzelvertreters der Lokaldemokratie in Bielefeld wird vom Ordnungsamt wie folgt beantwortet:

Aufgrund des engen Sachzusammenhangs werden die Fragestellungen gemeinsam beantwortet. Das Ordnungsamt entnimmt darüber hinaus der Anfrage auch einen anregenden Charakter für das angekündigte Konzept.

Über konkrete Maßnahmen und Inhalte wird der Ausschuss vor der Sommerpause mit einem abgestimmten Konzept umfassend informiert.

Der Außendienst des Ordnungsamtes wird dabei weiterhin verbindlich, aber eben nicht nur repressiv, sondern auch kommunikativ und vermittelnd auftreten. Der zitierte Begriff des „Normalbürgers“ ist dabei auch im Sinne der Anfrage entsprechend umfassend zu verstehen.

Das „Quittungssystem“ war dem Ordnungsamt bekannt, die „Stopp-Formulare“ wurden recherchiert. Beide Maßnahmen können grundsätzlich geeignet sein, anlasslose Kontrollen aufgrund ethnischer Merkmale zu unterbinden bzw. zu minimieren und werden daher grundsätzlich positiv bewertet. Beides erscheint angesichts der Praxis jedoch ebenso obsolet: Kontrollen des Ordnungsamtes finden anlassbezogen und ereignisspezifisch statt. Grundlage ist demnach immer *das Verhalten* (d.h. konkreter Anfangsverdacht), nicht das stereotype Zuschreiben zu einer Gruppierung.